Geschichte im Westen

Geschichte im Westen

Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte

begründet von Walter Först (†),
herausgegeben im Auftrag des Brauweiler Kreises
für Landes- und Zeitgeschichte e. V.
von Markus Köster
in Verbindung mit
Alfons Kenkmann, Sabine Mecking,
Christoph Nonn, Martin Schlemmer
und Daniel Schmidt

Schwerpunktthema: Neue Geschichtsbewegungen in Nordrhein-Westfalen

Jahrgang 40
2025

KLARTEXT

Gedruckt mit Unterstützung
der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe

LVR Qualität für Menschen

LWL Für die Menschen. Für Westfalen-Lippe.

Titelbild:
Der NS-Verfolgte Paul Wulf aus Münster mit einem seiner selbst gestalteten Aufklärungs- und Ausstellungsplakate, undat.
(Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster, Foto: Ralf Emmerich)

„Geschichte im Westen“ erscheint einmal im Jahr:

KLARTEXT

Jakob Funke Medien Beteiligungs GmbH & Co. KG
Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen
info.klartext@funkemedien.de
www.klartext-verlag.de

Redaktion: Dr. Julia Volmer-Naumann, Münster/Genf
Satz und Umschlag: Medienwerkstatt Kai Münschke, Essen
Druck: Medienhaus Plump GmbH,
Rolandsecker Weg 33, 53619 Rheinbreitbach
© Klartext Verlag, Essen 2025
ISSN 0930-3286
ISBN 978-3-8375-2763-6

Zuschriften und Manuskripte an:
Prof. Dr. Markus Köster,
markus.koester@uni-muenster.de
Bezugsbedingungen:
Einzelheft 25,00 €, zzgl. Versandkosten
Bestellungen richten Sie bitte an Ihre Fachbuchhandlung
oder unmittelbar an den Verlag.

Inhalt

Schwerpunktthema:
Neue Geschichtsbewegungen in Nordrhein-Westfalen

Markus Köster
Editorial 7

Alfons Kenkmann
„Geschichte von unten“ versus „Geschichte von oben“?
Historische Suchbewegungen und ihre Akteurinnen und Akteure 11

Ulrike Löffler
Zwischen „Antifaschismus“, „Versöhnung“ und „staatsbürgerlicher Pädagogik“
Gedenkstättenarbeit in Nordrhein-Westfalen in den 1980er Jahren 33

Thomas Finkemeier
Radikal subjektiv: Geschichte von, für und über unten
Geschichtswerkstätten der 1980er und 1990er Jahre
in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet 49

Sabine Kittel und Bärbel Sunderbrink
Frauengeschichtsinitiativen in Stadt und Peripherie
Akteurinnen – Themen – Nachwirkungen in Gelsenkirchen und Lippe . . 67

Bettina Joergens
(Neue) Soziale Bewegungen – „festgehalten“ für immer?
Archive der demokratischen Zivilgesellschaft 93

Katrin Minner
Walter Försts neuer Kanal
Die Frühgeschichte des Brauweiler Kreises (1978–1993) 113

Freie Beiträge außerhalb des Schwerpunkts

Fabian Köster
Pioniere der Neuen Kulturpolitik?
Die Industriestädte Gelsenkirchen und Wolfsburg
während der ‚Wirtschaftswunderzeit' 141

Christoph Lorke
„Schmutzspur durch das Revier"
Reaktionen auf das Ruhrgebiets-Bild der Schimanski-Tatorte 165

Jonas Becker
Ein neues Grundrecht
Nordrhein-Westfalen und der Datenschutz (1970–1988) 189

Dimitrij Davydov
Die Erinnerungsfunktion des Denkmalschutzes
Objekte mit NS-Unrechtsgeschichte und die Denkmalerfassung
in Nordrhein-Westfalen 215

Tagungsbericht

Julia Volmer-Naumann
„Geschichte von unten" – Neue Geschichtsbewegungen
in Nordrhein-Westfalen (1970–1985)
Wissenschaftliche Jahrestagung des Brauweiler Kreises für
Landes- und Zeitgeschichte e. V., Münster, 6.–7. März 2025 241

Autorinnen und Autoren 247

Ulrike Löffler

Zwischen „Antifaschismus“, „Versöhnung“ und „staatsbürgerlicher Pädagogik“

Gedenkstättenarbeit in Nordrhein-Westfalen in den 1980er Jahren[1]

1. Die Einrichtung von Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus in den 1980er Jahren: Akteur*innen und ihre Hintergründe

Seit Ende der 1970er und vor allem seit Anfang der 1980er Jahre veränderte sich die westdeutsche Gedenkkultur radikal: Engagierte Bürger*innen erkämpften gegen erhebliche Widerstände zahlreiche Gedenkstätten an bis dato überwiegend „vergessenen“[2] und weitgehend unmarkierten Orten nationalsozialistischer Verfolgungspolitik. Zu den Auslösern dieses geschichtskulturellen Wandels zählen Historiker*innen üblicherweise die Ausstrahlung der US-Fernsehserie „Holocaust“ im Januar 1979, das Aufkommen der Geschichtswerkstätten mit ihrem lokalgeschichtlichen Schwerpunkt sowie die Thematisierung des Nationalsozialismus im Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 1980/81.[3] Ein Umdenken

1 Dieser Beitrag basiert wesentlich auf meinen bisherigen Veröffentlichungen und Forschungen, welche für die diesem Band zugrundeliegende Tagung auf Nordrhein-Westfalen fokussiert wurden. Was hier nur stark gekürzt und überblickshaft vorgestellt werden kann, lässt sich bald detaillierter nachlesen; vgl. Ulrike Löffler: Überfrachtete Lernorte. Geschichte und Pädagogik westdeutscher Gedenkstätten bis 1990 (= Buchenwald und Mittelbau-Dora – Forschungen und Reflexionen, Bd. 9), Göttingen 2026.

2 Vgl. Detlef Garbe (Hg.), Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik, Bornheim-Merten 1983.

3 Vgl. Gerhard Paul, Holocaust – Vom Beschweigen zur Medialisierung. Über Veränderungen im Umgang mit Holocaust und Nationalsozialismus in der Mediengesellschaft, in: Gerhard Paul/Bernhard Schoßig (Hg.), Öffentliche Erinnerung und Medialisierung des Nationalsozialismus. Eine Bilanz der letzten dreißig Jahre (= Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Bd. 10), Göttingen 2010, S. 15–38, hier S. 16; Harald Schmid, Die „Stunde der Wahrheit“ und ihre Voraussetzungen. Zum geschichtskulturellen Wir-

Geschichte im Westen (GiW) 40 (2025), S. 33–48
© Klartext Verlag, Essen, ISSN 0930-3286

lässt sich darüber hinaus bereits im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag des Novemberpogroms 1978 beobachten, der erstmals mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und Gedenkzeremonien in Städten und Kleinstädten im ganzen Land öffentlich begangen wurde. Vierzig Jahre nach den Ereignissen hielt Helmut Schmidt in der Kölner Synagoge als erster Bundeskanzler eine Rede zu diesem Anlass.[4] Ein weiterer Auslöser, der insbesondere für den pädagogischen Bereich – und damit die Bildungsarbeit der neu eingerichteten Gedenkstätten – eine wesentliche Rolle spielte, war die Konjunktur des Rechtsextremismus in den späten 1970er Jahren: Um 1977 kam es zu einer deutlichen Zunahme neonazistischer Aktivitäten und Straftaten, die etwa das Bundesamt für Verfassungsschutz veranlasste, Rechtsextremismus als Gefahr für die öffentliche Sicherheit einzustufen.[5] Im Gefolge der Bildungs- und Gesellschaftsdebatten nach 1968 wurden Nazi-Nostalgie und Rechtsradikalismus allerdings nicht als gesamtgesellschaftliches Problem, sondern als spezifisches Jugendproblem interpretiert. Das Problem wurde damit einerseits verkleinert, da es vermeintlich nur einen bestimmten Teil der Gesellschaft betraf, und gleichzeitig wurde seine Lösbarkeit – durch eine (neu ansetzende, erfolgreichere) Pädagogik suggeriert. Die langlebige Interpretationsfigur des rechtsextremen Jugendlichen hat hier ebenso ihren Ursprung wie eine bildungsoptimistische Haltung, der zufolge die Vermittlung der NS-Geschichte die Attraktivität des Rechtsextremismus erheblich reduzieren könne.[6]

Angeregt durch das neue Interesse an (Lokal-)Geschichte fanden sich Anfang der 1980er Jahre an zahlreichen Orten interessierte Personen aus dem sozialdemokratischen, grün-alternativen und kommunistischen Parteienspektrum, aus Gewerkschaften, aber auch aus Schulen, Kirchen und/oder Jugendverbänden zusammen und gründeten Gedenkinitiativen. Diese erfuhren in ihrem lokalen

kungskontext von „Holocaust“, in: Zeitgeschichte online, März 2004; <https://zeitgeschichte-online.de/thema/die-stunde-der-wahrheit-und-ihre-voraussetzungen> (20.8.2025).

4 Vgl. Harald Schmid, Erinnern an den „Tag der Schuld“: Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik, Hamburg 2001.

5 Vgl. Bundesminister des Inneren (Hg.), Betrifft: Rechtsextremismus. Linksextremismus. Spionageabwehr. Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern. 1977. Verfassungsschutz, Bonn 1978, S. 4.

6 Vgl. Ulrike Löffler, „Antifaschistische Erziehung“ im Westen. Pädagogische Antworten auf die Konjunktur des Rechtsextremismus in den späten 1970er-Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 63 (2023), S. 255–285, hier S. 264; sowie: Till Kössler, Antifaschistische Klassenzimmer? Schule, Rechtsextremismus und Demokratie nach „Achtundsechzig“, in: Tim Schanetzky/Tobias Freimüller/Kristina Meyer u. a. (Hg.), Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts, Göttingen 2020, S. 206–219, hier S. 207 f.

Umfeld meist wenig Unterstützung: Wenn die überwiegend jungen Aktiven Angehörige der älteren Generation mit Fragen zu Orten von NS-Verbrechen konfrontierten, stießen sie auf eine „Mauer des Schweigens“.[7] Sie wurden als „Nestbeschmutzer“ diffamiert, ihre Arbeit kritisch beäugt oder behindert. Um die Geschichte der örtlichen Lager oder Gefängnisse zu recherchieren, Gedenktafeln zu installieren und Gedenkstätten mit Dauerausstellung und einem Minimum an Personal einzurichten, bedurfte es daher eines langen Atems. Der Erfolg solcher Pläne hing darüber hinaus von verschiedenen Faktoren ab: von der spezifischen Ortsgeschichte und ihrer (internationalen) Bedeutung im Kontext der NS-Verfolgung; von lokalen Bedingungen wie der Bereitschaft der Bürger*innen, sich mit dieser Geschichte auseinanderzusetzen; von der Unterstützung durch lokale Autoritäten (z. B. Bürgermeister*innen, Kirchen usw.) sowie von praktischen Fragen – wie der, wem die Grundstücke und Gebäude(-überreste) mittlerweile gehörten. Darüber hinaus spielten auch die Aktiven selbst, ihre biografischen, politischen und professionellen Hintergründe sowie Netzwerke eine wichtige Rolle: Konnten sie finanzielle Ressourcen und Medienaufmerksamkeit mobilisieren? Gelang es ihnen, die Vorbehalte der Einwohner*innen schrittweise abzubauen, politische Differenzen zu überbrücken und Koalitionen zu bilden, die stark genug waren, um ihre Pläne zu verwirklichen? Das war von Fall zu Fall durchaus unterschiedlich.[8]

Eine öffentlich zugängliche Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus konnte beispielsweise an folgenden Orten, die zeitgenössisch als Gedenkstätten galten, erfolgreich etabliert werden: Alte Synagoge in Essen (1980), Dokumentenhaus Neuengamme (1981), Gedenkstätten Wewelsburg in Büren bei Paderborn und Breitenau in Guxhagen bei Kassel (beide 1982), Ausstellung über die NS-„Euthanasie“ im Keller der psychiatrischen Klinik in Hadamar (1983), „Dokumentations- und Informationszentrum“ (DIZ) zu den Emslandlagern in Papenburg sowie „Dokumentationszentrum KZ Oberer Kuhberg“ (DZOK) in Ulm (beide 1985).[9] Unterstützung erhielten die im gesamten Bundesgebiet verstreuten, teil-

7 Jutta Dillmann/Dietfrid Krause-Vilmar/Gunnar Richter (Hg.), Mauern des Schweigens durchbrechen. Die Gedenkstätte Breitenau, Kassel 1986.

8 Vgl. zur Rekonstruktion der jahrelangen Auseinandersetzungen um die Einrichtung ausgewählter Gedenkstätten: Fabian Schwanzar, Die Praxis der Erinnerung. Gedenkstättenbewegung und Geschichtspolitik in der Bundesrepublik, Diss. Universität Jena 2022; <https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt_derivate_00064392/Dissertation_FabianSchwanzar.pdf> (10.9.2025).

9 Vgl. Löffler, Überfrachtete Lernorte (wie Anm. 1); sowie beispielhaft zu den NRW-Gründungen in Essen und Wewelsburg: Schwanzar, Praxis der Erinnerung (wie Anm. 8), S. 179–306.

weise recht kleinen Initiativen durch den Aufbau überregionaler Strukturen, welche Vernetzung und Austausch von Strategien und Erfahrungen sowie institutionelle und in geringem Maße auch finanzielle Unterstützung ermöglichten. Diese Vernetzungsfunktion übernahm ab 1983 vorrangig die evangelische Friedensorganisation *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e. V.* (ASF).[10]

Gegründet 1958, lag das Hauptanliegen von ASF in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Die ersten Schritte zur Versöhnung sollten den ASF-Gründern zufolge zunächst von den Nachfahren der Täter*innen gegangen werden. Deshalb organisierte ASF internationale Freiwilligendienste in Ländern, die während des Zweiten Weltkriegs von Deutschen verwüstet worden waren. Seit den 1960er Jahren arbeiteten die Freiwilligen in sozialen Bereichen sowie in Gedenkstätten in Polen. Gegen Ende der 1970er Jahre schloss sich ASF der westdeutschen Friedensbewegung an und begann sich auch im Inland zu engagieren. Aus Sicht der Organisation überschnitten sich Friedensarbeit und die Forderung nach einem Gedenken an die NS-Verbrechen häufig bzw. wurden als untrennbar angesehen. Deshalb begannen ASF-Mitglieder ab 1981, regelmäßige Treffen und Seminare für Gedenkstätteninitiativen zu organisieren. Zwei Jahre später beschloss ASF die Einrichtung und Finanzierung eines „Gedenkstättenreferats" als Koordinierungsstelle.[11] Das bei ASF in Berlin angesiedelte und 1993 an die Stiftung „Topographie des Terrors" übergegangene Büro sicherte über viele Jahrzehnte die Kommunikation zwischen den verschiedenen Initiativen, koordinierte Aktivitäten, organisierte regelmäßige Treffen und gab seit 1983 mindestens vierteljährlich den *GedenkstättenRundbrief* heraus, der sich über die Jahre von einem informellen Rundschreiben zu einer wichtigen Fachzeitschrift entwickelte.[12] Mit der Etablierung dieser Koordinationsstelle trug ASF wesentlich zur Etablierung und Institutionalisierung der frühen Gedenkstättenarbeit bei.[13]

10 Vgl. zur Rolle von ASF in diesem Prozess: Ulrike Löffler, „Zeitgeschichte im Lichte des Wortes Gottes prüfen". Christliche Bezüge in der Gedenkstättenarbeit der alten Bundesrepublik, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung 2 (2021), S. 150–170.

11 Vgl. ebd., S. 151f.

12 Vgl. <https://www.gedenkstaettenforum.de/aktivitaeten/gedenkstaettenrundbrief>. Alle Ausgaben seit 1983 sind dort abrufbar: <https://www.gedenkstaettenforum.de/aktivitaeten/gedenkstaettenrundbrief/gesamtausgaben> (9.9.2025).

13 Vgl. Detlef Garbe, Die Entwicklung der Gedenkstättenmuseen in Deutschland und ihr Netzwerk. Rückblick und Perspektiven, in: GedenkstättenRundbrief 189 (3/2018), S. 11–21, hier S. 12.

2. Die Entstehung der „Gedenkstättenpädagogik"

Parallel zur Gründung und Etablierung weiterer Gedenkstätten(-initiativen) und ihrer zunehmenden überregionalen Vernetzung begann ab Mitte der 1980er Jahre auch der Siegeszug des neuen Begriffs „Gedenkstättenpädagogik". Das Kompositum betonte die Eigenständigkeit des neuen Feldes und half, die Bildungsarbeit an historisch relevanten Orten von Schul- und Museumspädagogik abzugrenzen. Während die Wortschöpfung ein zunehmendes Bewusstsein für pädagogische Fragestellungen widerspiegelte, war die damit beschriebene praktische Arbeit in den Gedenkstätten noch sehr heterogen. Es gab weder Konsens über Ziele, didaktische Prinzipien oder rote Linien noch in jedem Fall überhaupt eine klare Vorstellung von diesen. Austausch und Reflexion setzten langsam ein; sie begleiteten oder folgten vielfach der durch pragmatisches Ausprobieren gekennzeichneten Praxis. So befasste sich 1986 eines der halbjährlich stattfindenden, von ASF organisierten Gedenkstättenseminare ausschließlich mit pädagogischen Fragen. Im Zusammenhang mit diesem Seminar fand der Begriff erstmals Eingang in den *GedenkstättenRundbrief* mit dem Hinweis, dass sich nun, da vielerorts Gedenkstätten eingerichtet worden seien, vermehrt Fragen nach Zielen und Methoden stellen würden:

> „Inzwischen bestehen einige Gedenkstätten schon seit einer gewissen Zeit. Die Arbeit hat feste Formen angenommen. Neben der existenziellen Frage, wie diese Gedenkstätten erhalten bleiben können, […] wird die Frage nach der Gedenkstättenpädagogik, die Frage nach dem, was man mit der Arbeit und wie man es erreichen will, immer stärker diskutiert."[14]

Dies verdeutlicht, dass gedenkstättenpädagogische Ansätze nicht als Umsetzung ausgefeilter theoretischer Konzepte entstanden, sondern vielmehr als pragmatisches „learning by doing", in einem Prozess von Versuch und Irrtum, nachdem die Gedenkstätten etabliert worden waren. Die beteiligten Personen und Organisationen prägten die pädagogische Arbeit deshalb je nach beruflichem Hintergrund, politischen Einstellungen, individuellen Erfahrungen und Motivation maßgeblich mit. Diese unterschiedlichen Prägungen sind ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der Heterogenität gedenkstättenpädagogischer Ansätze, denn angesichts disparater Rahmenbedingungen und fehlender theoretisch-konzeptu-

14 Thomas Lutz, Vorbemerkung, in: Gedenkstätten-Rundbrief 13 (2/1986), S. 3.

eller Leitplanken entfaltete sich eine stark von den jeweiligen Akteur*innen abhängige Praxis.

Bereits die erste große Publikation von und über westdeutsche Gedenkstätten lässt diese Pluralität erkennbar werden: Der Sammelband *„Die vergessenen KZs?"* entstand aus einem ersten bundesweiten Treffen von Gedenkstättenaktivist*innen, das 1981 in Hamburg stattgefunden hatte, und vereinte Berichte über die Arbeit in zehn ehemaligen NS-Lagern.[15] Der Herausgeber des Bandes, Detlef Garbe, verwendete in seiner Einleitung eine Vielzahl von Bezeichnungen, um die Arbeit und die Ziele der Gedenkstätten zu beschreiben: „Trauerarbeit", „Gedenken", „Mahnung", „Aufklärung", „Aufarbeitung der Vergangenheit", „Spurensicherung", „politische Auseinandersetzung", „radikale Überwindung des Faschismus", „Betroffenheit, Schuldeinsicht und Scham".[16] Diese Begriffe sind im alternativen und linken politischen Milieu der 1980er Jahre verwurzelt, manche wirken heute antiquiert, andere scheinen gegenwärtig eine Renaissance zu erleben. Ihre Implikationen unterscheiden sich zum Teil stark: Einige sind relativ neutral, andere betonen die politische oder auch emotionale Komponente der Gedenkstättenarbeit; manche tragen einen anklagenden Ton. Das Panorama verdeutlicht einerseits die Anschlussfähigkeit zu den damals boomenden Neuen Sozialen Bewegungen und lässt andererseits eine bisweilen recht umstandslose Aktualisierung und das in der damaligen Praxis gängige Primat der politischen vor der historischen Bildung erahnen.

Innerhalb des breiten Spektrums von gedenkstättenpädagogischen Ansätzen der 1980er Jahre lassen sich anhand der Zielvorstellungen analytisch drei idealtypische Einflussstränge unterscheiden, die zunächst knapp umrissen und im Folgenden anhand von Beispielen aus Nordrhein-Westfalen konkretisiert werden sollen: 1. überwiegend sozialdemokratisch-kommunistisch geprägte Gedenkstätten und -initiativen mit einem Schwerpunkt auf dem (vorbildhaften) Widerstand von Arbeiter*innen sowie affirmativen Bezugnahmen auf „Antifaschismus"; 2. von christlichen Kontexten geprägte, tendenziell heilsgeschichtlich ausgerichtete Ansätze unter den Schlagworten „Versöhnung", „Sühne" und „Schuldeinsicht"; sowie 3. eine von der „Frankfurter Schule" inspirierte, deutungsoffene, selbstkritische Auseinandersetzung in aufklärerischer Absicht, die demokratische, tolerante und solidarische Haltungen festigen beziehungsweise hervorbringen wollte.

15 Garbe, Die Vergessenen KZs? (wie Anm. 2).
16 Detlef Garbe, Einleitung, in: ebd., S. 23–35, hier S. 24, 26 f., 30 u. 31.

3. Prägungen der frühen Gedenkstättenarbeit in Nordrhein-Westfalen

3.1 „Antifaschismus“[17]

Einige Gedenkstätten(-initiativen), gerade im Ruhrgebiet, waren stark von linken politischen Akteuren wie Gewerkschafter*innen, Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen beeinflusst. Diese konzentrierten sich häufig auf die Geschichte der Arbeiter*innen und ihres als vorbildhaft gewürdigten Widerstands, welche im Rahmen der lokalgeschichtlichen Forschungen zunehmend in den Fokus gerückt war; jüdische Geschichte spielte dabei – ähnlich wie in den Geschichtswerkstätten – in der Regel eine untergeordnete Rolle.[18] Die Aktivist*innen begannen in einer vom Kalten Krieg geprägten Atmosphäre, die Geschichte des Widerstands der „einfachen Leute“ freizulegen, um demokratische Vorbilder für die Gegenwart anzubieten. Häufig prangerten sie auch die bürgerlichen Verhältnisse oder die Unterstützung des Faschismus durch die Schwerindustrie an.[19] Sie versuchten, eine „antifaschistische Tradition“ wiederherzustellen bzw. neu zu beleben. Dazu dienten beispielsweise die alternativen bzw. „antifaschistischen“ Stadtrundfahrten, die in den frühen 1980er Jahren große Beliebtheit in Westdeutschland erlangten. Das Herzstück der Fahrten bildeten Erzählungen ehe-

17 Besonders deutlich artikulierte diese Zielstellung die Initiative um den Oldenburger Professor Werner Boldt im Emsland mit dem 1985 eingerichteten Dokumentations- und Informationszentrum in Papenburg, welche „antifaschistisches Gedenken“ ermöglichen, den „Humanismus der sozialistischen Arbeiterbewegung“ herausstellen, zum „aktiven Antifaschismus“ anregen und Anknüpfungspunkte für eine „antifaschistische Traditionsbildung“ liefern wollte. Vgl. Werner Boldt [u. a.], Emslandlager – Zur „Kriegsgräberstätte“, zum Bundeswehrdepot, zur Justizvollzugsanstalt, zum Kartoffelacker …, in: Garbe, Die Vergessenen KZs? (wie Anm. 2), S. 69–92, Zitate S. 82, 83 u. 85. Vgl. grundlegend zu dieser Richtung: Löffler, Antifaschistische Erziehung (wie Anm. 6).

18 Vgl. Maximilian Strnad, „Grabe, wo du stehst“: Die Bedeutung des Holocaust für die Neue Geschichtsbewegung, in: Michael Brenner/Maximilian Strnad (Hg.), Der Holocaust in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft. Bilanz und Perspektiven, Göttingen 2012, S. 162–198, hier S. 167 f. u. 186.

19 So gab es in der 1988 in Oberhausen eingerichteten Ausstellung „Widerstand und Verfolgung“ einen Aufsteller, der die kapitalismuskritische Deutung des Nationalsozialismus (Dimitroff-These) auf den Slogan brachte: „Faschismus kommt nicht über Nacht… er wird vom Kapital gemacht!“. Zur 1962 eröffneten „Gedenkhalle Oberhausen“ als Sonderfall vgl. u. a. die Beiträge von Alfons Kenkmann, Der Zeit voraus? Gedenken und Erinnern in Oberhausen, und Michael Sturm, „Eine immerwährende Auseinandersetzung“. Erinnerungskultur und ihre Akteure seit den 1980er-Jahren, in: Clemens Heinrichs (Hg.), Eine – keine – reine Stadtgesellschaft. Oberhausen im Nationalsozialismus 1933 bis 1945, Oberhausen 2012, S. 333–345 bzw. 347–363.

maliger Widerstandskämpfer*innen, die an Tatorten und anderen historisch relevanten Stätten über die lokale NS-Geschichte berichteten. In Nordrhein-Westfalen wurden solche Fahrten unter anderem in Bielefeld, Bochum, Bonn, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Bergkamen, Siegen und Solingen angeboten.[20]

Ein frühes Beispiel, wie diese Zielstellung in der Gedenkstättenpraxis in NRW umgesetzt werden konnte, liefert die 1980 in der Alten Synagoge Essen eröffnete, von Detlef Peukert, Ernst Schmidt und Gustav Reich konzipierte Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Essen. 1933–1945".

Bereits dieser – später in „Verfolgung und Widerstand" umgedrehte[21] – Titel zeigte an, dass der Fokus zunächst auf Widerstand lag; Verfolgung blieb demgegenüber nachgeordnet. Die Ausstellung inspirierte eine Reihe von lokalgeschichtlich ausgerichteten Folgeprojekten unter dem Motto „Widerstand und Verfolgung"[22], die in weiteren Städten des Ruhrgebiets gezeigt wurden. Dazu gehörten die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf (1987) sowie neue Dauerausstellungen in Oberhausen (1988) und in der „Steinwache" in Dortmund (1981/1992).[23] Die Vielfalt der Widerstandsakteur*innen und ihre weltanschaulichen Motive galten den Essener Kuratoren „als eine der wichtigsten historischen Traditionen für die

20 Vgl. Gisela Lehrke, Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus. Historisch-politische Bildung an Orten des Widerstands und der Verfolgung, Frankfurt a. M. u. a. 1988, S. 229–234.

21 Vgl. Michael Zimmermann, „Verfolgung und Widerstand in Essen 1933–1945". Anmerkungen zu einer Ausstellungsüberarbeitung, in: Gedenkstätten-Rundbrief 30 (4/1989), S. 3–6.

22 Der Titel der Essener Ausstellung stellte selbst einen Rückgriff auf die frühe lokalgeschichtliche Untersuchung von Hans-Josef Steinberg aus dem Jahr 1969 dar, vgl. ders., Widerstand und Verfolgung in Essen 1933 bis 1945, Hannover 1969; ebenso firmierte das 1973 von Martin Broszat als Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte gestartete lokalgeschichtliche Forschungsprojekt zu Bayern im Nationalsozialismus unter dem Namen „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945", vgl. Michael Wildt, Das „Bayern-Projekt", die Alltagsforschung und die „Volksgemeinschaft", in: Norbert Frei (Hg.), Martin Broszat, der „Staat Hitlers" und die Historisierung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007, S. 119–129.

23 Vgl. Bastian Fleermann/Frank Sparing/Astrid Wolters, Vom Ort des Terrors zur Gedenkstätte. Zur Geschichte des Düsseldorfer Stadthauses, in: GedenkstättenRundbrief 155 (06/2010), S. 18–25. Die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945" wurde 1981 in einer ersten Fassung vom Stadtarchiv Dortmund entwickelt und im Museum am Westpark gezeigt; nach erfolgter Anpassung an die Räume in der „Steinwache" wurde sie dort ab 1992 gezeigt; vgl. Hans-Wilhelm Bohrisch, Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund, in: Gedenkstätten-Rundbrief 74 (12/1996), S. 10–14.



Abb. 1: Informationsbroschüre zur ersten Ausstellung „Widerstand und Verfolgung“ in der Alten Synagoge Essen, 1980 (Hg. v. Kulturamt der Stadt Essen, Text: Thomas Rother)

Bundesrepublik“, die bislang vernachlässigt worden sei.[24] Die Ausstellung sollte die „Identifikation mit vorbildlichem Verhalten“ fördern und zur „Herausbildung fester demokratischer Werthaltungen“ beitragen.[25] Im Mittelpunkt standen daher Biografien von Menschen, die Widerstand gegen das NS-Regime geleistet hatten. Gleichzeitig wurde das Schicksal der lokalen Jüdinnen und Juden lediglich am

24 Detlev Peukert, Zur Konzeption der Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945“, in: Kulturamt der Stadt Essen (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945. Dokumentation zur Ausstellung. Alte Synagoge Essen, Essen o. D. [1981], S. 15–59, hier S. 47.

25 Ebd., S. 32.

Rand behandelt, obwohl die Ausstellung in einer ehemaligen Synagoge untergebracht war. Die Reste der zerstörten Thora-Rolle und andere jüdische Kultgegenstände sowie „Zeugnisse jüdischer Verfolgung" wurden separat in zwei von der jüdischen Gemeinde betreuten Standvitrinen im Eingangsbereich der Synagoge gezeigt.[26]

3.2 „Versöhnung"[27]

Neben diesen politischen Ansätzen prägten auch christliche Einflüsse die Bildungsarbeit an den frühen westdeutschen Gedenkstätten maßgeblich. Der eingangs skizzierte Einfluss von ASF in organisatorischer Hinsicht wirkte sich auch in anderen Bereichen aus. Es existierte eine enge Verbindung zwischen Gedenkstättenarbeit und Friedensbewegung. In einer frühen Ausgabe des *Gedenkstätten-Rundbriefs* hieß es etwa, die Lehren aus der nationalsozialistischen Vergangenheit bildeten die Grundlage für die künftige friedensstiftende Arbeit von ASF.[28] Wie eng christliche Metaphorik und (ehemalige) Konzentrationslager in dieser Phase der Gedenkstättenarbeit bisweilen verbunden waren, verdeutlicht das Logo der Organisation.

Es zeigt einen Ölzweig in einem nach unten weisenden Dreieck, das an einen KZ-Häftlingswinkel erinnert. Das ASF-Logo nimmt damit symbolisch Bezug auf die Konzentrationslager und die biblische Sintflut-Erzählung, der zufolge eine Taube Noah einen Ölzweig überbrachte, der anzeigte, dass sich in der Nähe trockenes Land befand.[29] Der Ölzweig symbolisiert Frieden mit Gott und neues Leben nach der Katastrophe. Das Logo verdeutlicht die Bedeutung der Gedenkstättenarbeit für die Organisation und stellt sie gleichzeitig sichtbar in den Kontext christlicher Friedensarbeit. Unter denjenigen, die sich in den 1980er Jahren für Gedenkstätten einsetzten, waren einige Pfarrer*innen oder Theolog*innen, die christliche Vorstellungen (z. B. von „Schuld", „Sühne" und „Versöhnung") in ihre Arbeit transportierten.

Ein Beispiel dafür ist die Vorstellung, dass Versöhnung durch stellvertretende Reueakte möglich sei. Nach dem christlichen Erlösungsdogma hat Jesus für alle Sünder*innen das Kreuz auf sich genommen und damit die Menschen erlöst. So

26 Vgl. Löffler, Christliche Bezüge (wie Anm. 10), S. 160 ff.

27 Heinrich Distelmeier, Versöhnung über den Gräbern – Blumen für Stukenbrock, in: Garbe, Die vergessenen KZs? (wie Anm. 2), S. 145–152; vgl. ausführlich zu dieser Prägung: Löffler, Christliche Bezüge (wie Anm. 10).

28 Vgl. Thomas Lutz, Welche Bedeutung hat die Gedenkstättenarbeit für „ASF"?, in: GedenkstättenRundbrief V (5/1984), S. 2.

29 Vgl. 1. Mose 8, 11.

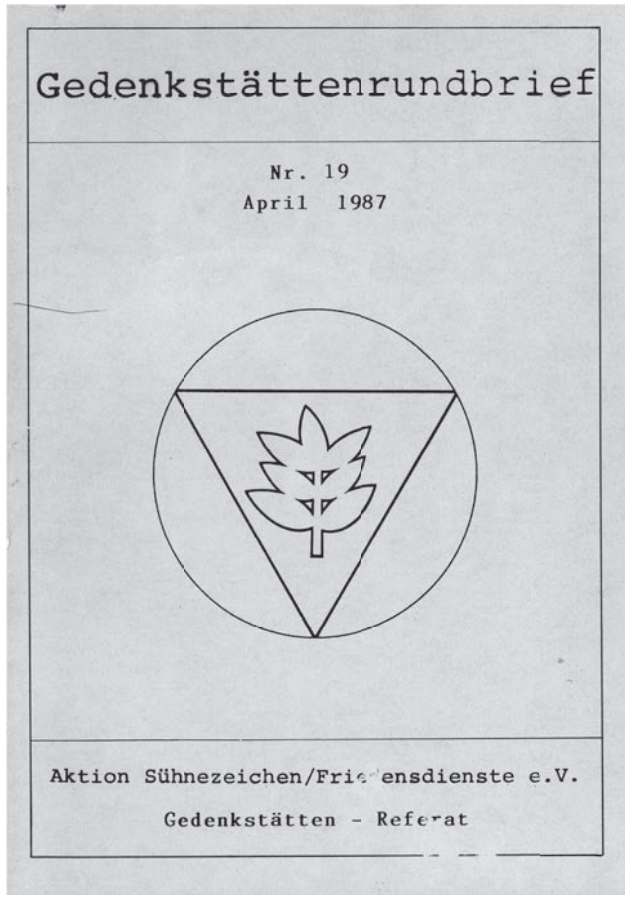

Abb. 2: Logo der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e. V. auf dem Deckblatt des Gedenkstättenrundbriefs Nr. 19 (April 1987)

wie der stellvertretende Tod Jesu kann die ersatzweise Bußtat der oder des Einzelnen – z. B. in Form eines Freiwilligendienstes an Gedenkstätten oder des Ablegens von Blumen – ein „Sühnezeichen“ sein und Versöhnung bzw. Absolution erwirken. Dafür steht das *Sühnezeichen* im Namen der ASF. Sühne ist demnach als Übergang von Schuld(-einsicht) zur Befreiung von der Schuldlast zu verstehen, als Absichtserklärung, die zur Versöhnung mit Gott und den Opfern führt, wenn sie von den Adressat*innen angenommen wird. Auf den Punkt gebracht heißt es 1978 in einem Flugblatt, mit dem sich die ASF vorstellte: „Der Begriff ‚Sühnezeichen‘ [kennzeichnet] den Versuch, Schuld in Zukunft zu verwandeln.“[30] Offenbar konnten sich nicht nur Theolog*innen mit dem Begriff identifizieren, sondern er

30 Flugblatt Aktion/Sühnezeichen/Friedensdienste. Wer wir sind – Was wir wollen, o. D. [1978], zit. n. Anton Legerer, Tatort: Versöhnung. Aktion Sühnezeichen in der BRD und in der DDR und Gedenkdienst in Österreich, Leipzig 2011, S. 59 f.

schien darüber hinaus breit anschlussfähig zu sein, wie das Beispiel Stukenbrock zeigt.

Das ehemalige Kriegsgefangenenlager Stalag 326 (VI K) Stukenbrock-Senne südlich von Bielefeld durchliefen ca. 1,8 Millionen sowjetische Kriegsgefangene; auf dem „Ehrenfriedhof" sind mindestens 15.000 Tote bestattet. Über die Gruppe, die – jahrzehntelang argwöhnisch vom Verfassungsschutz überwacht[31] – sich dort bereits seit 1967 und seit 1970 unter dem Namen „Blumen für Stukenbrock" für ein öffentliches Gedenken und Aufklärung einsetzte, sagte der Lemgoer Pfarrer Heinrich Distelmeier:

> „Wenn ich von ‚wir' spreche, so sind darin eingeschlossen ein paar Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Parteilose und fünf evangelische Pfarrer".[32]

Zur Symbolik der Initiative erklärte er:

> „Das Sühnezeichen der Aktion ‚Blumen für Stukenbrock' findet seinen Ausdruck in der Versöhnung über den Gräbern. Zugleich wird auf jeder Kundgebung ein Weg nach vorn gewiesen, damit die Botschaft vom ‚Frieden auf Erden' kein Traum bleibe."[33]

Die hier vorgenommene Unterscheidung zwischen vom „Antifaschismus" und von christlichen Ideen inspirierten Gedenkstätten und -initiativen bleibt eine analytische Konstruktion; in Wirklichkeit überlappten diese Prägungen. So konnte es in den 1980er Jahren durchaus vorkommen, dass Kurator*innen sowie Mitarbeitende der Gedenkstätten(-initiativen), obwohl sie mit Kirche nichts zu tun hatten, dennoch auf christliche Interpretationen, Symbole und Ästhetiken zurückgriffen, um die grausame Geschichte der Orte zu vermitteln, an denen sie arbeiteten.[34] Besonders gängig waren Anspielungen auf die Passionsgeschichte (z. B. Dornenkrone, Kreuz oder Golgatha), welche nicht-christliche Opfer tendenziell vereinnahmten. Christliche Bezüge waren üblich, weil sie kulturell prägend

31 Vgl. Carsten Seichter, Nach der Befreiung. Die Nachkriegs- und Rezeptionsgeschichte des Kriegsgefangenenlagers Stukenbrock (= PapyRossa-Hochschulschriften, 66), Köln 2006, hier S. 72–78.

32 Distelmeier, Versöhnung (wie Anm. 27), S. 146.

33 Ebd., S. 152.

34 Für NRW können die Gedenkhalle Oberhausen und die Alte Synagoge in Essen als Beispiele dienen; vgl. Löffler, Christliche Bezüge (wie Anm. 10).

und leicht verfügbar waren, aber auch tröstlich, weil sie der Geschichte einen Sinn gaben: Der Tod von Millionen von Menschen konnte – aus teleologischer Perspektive – zu einer Quelle der Heilung und neuer Erkenntnisse werden.[35] Auf diese Weise konnten die Schrecken der NS-Geschichte eingehegt werden, und die Konzentration auf das einfühlende Mitleiden mit den Opfern ersetzte Fragen nach den Täter*innen, Zuschauenden und Profiteur*innen von Verfolgung und Gewalt.

3.3 „Staatsbürgerliche Pädagogik"[36]

Eine weitere Gruppe von Gedenkstätten(-initiativen) verstand ihr Engagement als Beitrag zur mentalen Überwindung des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen – mithin zur Demokratisierung der Gesellschaft, sowie zur Abwehr von Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus. Die Akteur*innen teilten Adornos Überlegungen zum Fortwirken der NS-Vergangenheit in der bundesrepublikanischen Gesellschaft und versuchten Bildungs- und Aufklärungsarbeit dagegenzusetzen. Getragen waren sie dabei von einem aufklärerischen Impetus und der Überzeugung, am Negativbeispiel sei menschenfreundliches, tolerantes Verhalten lernbar. Bei den zu diesem Strang zählenden Gruppen standen neben den konkreten historischen Inhalten häufig politische Dimensionen im Vordergrund. Die NS-Vergangenheit wurde – mitunter recht umstandslos – „aktualisiert", also auf ihre gegenwärtige Relevanz hin angeschaut. Der Bonner Verein „An der Synagoge e. V." – gegründet 1984 mit der Zielsetzung, in unmittelbarer Nähe zur ehemaligen Synagoge eine Gedenkstätte für NS-Opfer einzurichten – begann 1985 an einem provisorischen Ort fernab der Innenstadt mit der Bildungsarbeit. Neben der Vermittlung der NS-Geschichte sahen die Bonner Akteur*innen einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus – als einer „besondere[n] Form der Aktualisierung" der Vergangenheit.[37] In einer Konzeptschrift hieß es beispielsweise:

> „Unser Wissen [über die NS-Vergangenheit, UL] verhindert, daß ähnliche Wege erneut beschritten werden und ein neues menschenverachtendes, dikta-

35 Vgl. Kurt Scharf, Vorwort, in: Garbe, Die vergessenen KZs? (wie Anm. 2), S. 21f.

36 Zur Beschreibung dieser dritten Ausprägungen liegt kein so griffiger Quellenterminus vor wie in den anderen beiden Fällen; die Formulierung wurde daher in Anlehnung an Micha Brumliks Rede von der „staatsbürgerlich gerichtete[n] Gedenkstättenpädagogik" gewählt; ders., Gerechtigkeit zwischen den Generationen, Berlin 1995, S. 92.

37 Irmgard Schmitz/Horst P. Bothien/Ralf Grötker/Klaus Rosendahl/Peter Sonnet, An der Synagoge e. V. Konzeption für die Bonner Gedenk- und Dokumentationsstätte Rathausgasse, Bonn Juli 1990, S. 32.

> torisches Regime eine Chance in unserem Land erhält. In diesem Sinne hat die Erinnerungsarbeit eine wichtige, nicht nur für die politische Kultur in unserem Land entscheidende, gesellschaftspolitische Funktion."[38]

Deutlich wird darin der Vorrang der politischen vor der historischen Bildung – deren konkrete Inhalte und Kompetenzen in den Hintergrund traten. Einige Gedenkstätten setzten sich von solchen Ansätzen wiederum ab, indem sie den Fokus bewusst auf Quellen legten und damit die historische Bildung betonten. Die Bezüge auf Geschichtswissenschaft und vermeintlich neutrale (Beweis-) Dokumente sollten dabei die Versachlichung fördern und es ermöglichen, die politischen Konflikte hinter sich zu lassen, die den Gedenkstättengründungen vorausgegangen waren. Die Bereitstellung von zahlreichen Quellen, die in den Ausstellungen weitgehend unkommentiert gezeigt wurden und „für sich" sprechen sollten, diente dazu, zunächst eine Faktengrundlage zu etablieren. Neben der Alten Synagoge Essen spielten solche Überlegungen besonders für die Gedenkstätte Wewelsburg in Büren bei Paderborn eine Rolle, die zugleich mit den Hinterlassenschaften der SS-Kult- und Schulungsstätte *und* des KZ Niederhagen/Wewelsburg umzugehen hatte. Angesichts dieses hybriden Ortes wählte Wulff Brebeck, Leiter der Gedenkstätte und Museumspädagoge, bewusst einen nüchternen Präsentationsstil, ohne emotionalisierende Akzente. Rückblickend beschrieb er das Vorgehen lapidar als „Fotos, Bilder, Texte an die Wand" und erklärte:

> „Da stand auch dahinter dieser *Duktus der trockenen Dokumentation* mit einer hohen Leselast für die Besucher. Es war die Form, die man damals wählte, um […] dem politischen Streit […] zu entkommen, war also a) Wissenschaft sozusagen als über den Parteien stehend, die Vermittlungsinstanz, und b) die Dokumentation. Dokumente kann man nicht fälschen und Fotos sagen sozusagen etwas eindeutig aus – so glaubten die Macher damals, und so sind dann auch diese Ausstellungen gewesen."[39]

38 Ebd., S. 7.

39 Transkript Wulff E. Brebeck im Gespräch mit Heidi Behrens, 1.8.2002, Wewelsburg, Z. 97–106, in: Archiv des Bildungswerks der Humanistischen Union (BHU) NRW in Essen. Das 2012 mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung NRW vom BHU durchgeführte Pionierprojekt umfasst 15 lebensgeschichtliche Gespräche mit Expert*innen aus der „Gründungsgeneration" der NRW-Gedenkstätten, welche transkribiert, redigiert, archiviert und in einem ersten Aufsatz ausgewertet wurden, vgl. Heidi Behrens/Paul Ciupke/Norbert Reichling, „… und im Nachhinein ist man überrascht, wie viele Leute sich das auf die Fahnen schreiben und sagen, ich habe es

4. Resümee

Diese knappe Skizze kann nur einen ersten Eindruck der Heterogenität der nordrhein-westfälischen Gedenkstättenarbeit der 1980er Jahre vermitteln und aufzeigen, wie eng diese nicht nur mit den spezifischen lokalen Bedingungen der Orte, sondern auch mit den vielfältigen individuellen Prägungen, Einstellungen und Erfahrungen der Engagierten zusammenhing. Was die Gedenkstätteninitiativen einte, war, dass sie die Geschichte des Nationalsozialismus mit aktuellen Themen verbanden und die Relevanz der NS-Vergangenheit und der Lehren daraus für ihre eigene Zeit betonten.

Die – mit Blick auf das Interviewprojekt des Bildungswerks der Humanistischen Union – für NRW vergleichsweise komfortable Quellenlage bietet Historiker*innen eine gute Basis, sich noch weitaus intensiver als bisher mit Akteurskonstellationen und ihren Auswirkungen zu beschäftigen. Daneben birgt die gegenwärtig ausstehende Erforschung der lokalen Bildungspraxen seit den 1980er Jahren noch erhebliches Erkenntnispotenzial: Die stark dezentral geprägte Gedenkstättenarbeit in NRW könnte auf der Grundlage solcher Forschungsergebnisse systematischer zu bundesweiten Entwicklungen und der Vermittlungspraxis an den großen KZ-Gedenkstätten in Beziehung gesetzt und auf diese Weise Gemeinsamkeiten und Spezifika noch präziser herausgearbeitet werden.

gemacht.“ Akteursperspektiven auf die Etablierung und Arbeit von Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen, in: GedenkstättenRundbrief 171 (9/2013), S. 3–18.